

A n t r a g *)

der Fraktionen der FDP und CDU

Den rheinland-pfälzischen Tabakpflanzern eine Zukunftsperspektive geben

- I. Der Landtag stellt fest, dass Rheinland-Pfalz mit über 1 100 Hektar und etwa 180 Betrieben in der Südpfalz und in der Wittlicher Senke zu den größten Tabak anbauenden Bundesländern gehört. Somit nimmt der Anbau von Tabak weiterhin einen wichtigen Platz bei den Sonderkulturen in unserem Bundesland ein. Weiterhin leisten die traditionell relativ kleinstrukturierten, aber mit hohem fachlichen Know-how versehenen Familienbetriebe mit dem Anbau von Tabak in diesen Gegenden auch einen wichtigen Beitrag für die dortige Kulturlandschaft.
- II. Der Landtag stellt fest, dass der Tabaksektor durch die Änderung der VO (EG) Nr. 1782/2003 mit der VO (EG) Nr. 864/2004 in die Reformen der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union (GAP-Reform) einbezogen wurde. Die bislang gewährte mengen-, sorten- und qualitätsbezogene Beihilfe für Roh-tabak wurde im Jahr 2006 zu 40 % entkoppelt und den Erzeugern im Rahmen der Betriebsprämienregelung betriebsindividuell zugewiesen. Der Rest von 60 % wird bis 2009 als gekoppelte Beihilfe beibehalten. Durch die sich verändernden agrarpolitischen Rahmenbedingungen wächst der betriebswirtschaftliche Anpassungsdruck nach 2009 auf die Tabakerzeuger.
- III. Der Landtag stellt weiterhin fest, dass die Entwicklung der Weltmarktpreise für Tabak in den kommenden Jahren nicht eindeutig vorhersehbar ist. So haben gerade im letzten Jahr die Preise auf den Weltagarmärkten massiv angezogen (v. a. bei Getreide). In Deutschland hat sich die Preisentwicklung auf den Milchmärkten in jüngster Zeit umgedreht. Nach teilweise massiven Preiseinbußen in den letzten fünf Jahren hat sich in den vergangenen Monaten ein signifikanter Anstieg bei den Milchauszahlungspreisen eingestellt. So ist ein Preisanstieg auf dem Weltmarkt für Tabak im Hinblick auf die Jahre 2013/2015 nicht auszuschließen.
- IV. Der Landtag stellt weiterhin fest, dass die Anbaumstellung auf landwirtschaftliche bzw. gartenbauliche Alternativkulturen (v. a. Gemüse, Spargel, Erdbeeren) begleitende Untersuchungen zur Folgenabschätzung sowohl betriebs- und volkswirtschaftlich als auch sozioökonomisch (individuelle Betriebsstrukturen, Region) und landespflegerisch (Kulturlandschaft) verlangt.
- V. Vor diesem Hintergrund fordert der Landtag die Landesregierung auf,
 - den für seine hervorragenden Qualitäten weltweit bekannten Tabakanbau in Rheinland-Pfalz grundsätzlich zu erhalten;

*) Dieser Antrag tritt an die Stelle des Antrags der Fraktion der FDP – Drucksache 15/1134 – und des Antrags der Fraktion der CDU – Drucksache 15/1152 –.

Der Präsident des Landtags hat die Anträge gemäß § 60 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Landtags unmittelbar an den Ausschuss für Landwirtschaft und Weinbau überwiesen.

- ihren Einfluss auf Bundesebene dahin gehend auszuüben, dass die Bundesregierung sich gemeinsam mit Frankreich, Italien und Spanien im Europäischen Rat für eine Verlängerung der derzeit gültigen Bestimmungen der EU-Marktordnung für Rohtabak bis ins Jahr 2013 einsetzt;
- die hohe Betriebsleiterkompetenz der rheinland-pfälzischen Tabakanbauer auszunutzen, um durch eine gezielte Beratung Kosteneinsparungen und Kostenreduzierungen auf produktionstechnischer Ebene durch den Einsatz neuer Technologien (bspw. Vollernter) zu realisieren;
- über die staatliche Beratung den Tabaksortenspiegel zu überprüfen;
- umstellungswilligen Tabakbauern auf landwirtschaftliche bzw. gartenbauliche Alternativkulturen (Gemüse, Spargel, Erdbeeren) durch eine auf die jeweiligen individuellen betrieblichen Erfordernisse abgestellte Spezialberatung sowie nach Möglichkeit mit Maßnahmen der einzelbetrieblichen Investitionsförderung gezielt zu helfen;
- mit allen Beteiligten Alternativen zu prüfen, die geeignet sind, dem Tabakanbau Perspektiven über das Jahr 2013 hinaus mit anderen Produkten zu eröffnen (z. B. pharmazeutische Produkte) und sich für diese Produktionsalternativen auf EU-Ebene einzusetzen;
- eine Konzeption zu erarbeiten, die den Tabakanbau zum Erhalt der Kulturlandschaft ermöglicht.

Für die Fraktion der FDP:
Günter Eymael

Für die Fraktion der CDU:
Hans-Josef Bracht